

## **An die Beschäftigten der Wuppertaler Stadtwerke AG und die Wuppertaler Bevölkerung!**

Bereits im Dezember 2004 hatte es Bestrebungen seitens der Stadtspitze und der privaten Anteilseigner der Stadtwerke gegeben, das Unternehmen zu zerschlagen und weiter zu privatisieren. Nachdem sich Widerstand in der Wuppertaler Bevölkerung formiert hatte, zog die Gruppe um den Oberbürgermeister und WSW-Aufsichtsratsvorsitzenden Peter Jung ihr so genanntes „Eckpunktepapier“ zurück.

**Diesen Widerstand gab es zu Recht:** Seit 2002 gehören die WSW zu ca. 25 % privaten Investoren, allen voran dem Essener Energieriesen RWE. Dieser ist dank ausgefeilter Verträge jedoch faktisch nur an der gewinnbringenden Versorgungssparte (Gas, Wasser, Strom und Fernwärme) beteiligt – die Stadt ist im Notfall verpflichtet, RWE seine zugesicherten Gewinne mit Steuergeldern auszubezahlen!

Allein im Jahr 2005 flossen 8,6 Mio. Euro Dividenden in die Taschen der privaten Investoren, die die Finanzkraft der WSW AG nachhaltig schwächen. Das Geld fehlt bei der Subventionierung des ÖPNV in Wuppertal. Trotz guter geschäftlicher Entwicklung mussten 6 Mio. Euro den Rücklagen der WSW entnommen werden, um die Ansprüche der privaten Investoren zu befriedigen.

Doch das ist noch nicht alles: RWE hatte sich bei seinem Einstieg in die WSW verpflichtet, Sacheinlagen in das Unternehmen einzubringen, z.B. Stromnetze. Dieser Verpflichtung ist der Monopolkonzern aus Essen bis heute nicht nachgekommen.

Heute halten sich die Verantwortlichen bei Stadt und WSW zurück, ihre Pläne allzu bekannt zu machen. Eines ihrer möglichen Vorgehen ist jedoch, mit einer „Umstrukturierung“ – wir sagen: Zerschlagung – der Stadtwerke weitere Privatisierungen der gewinnreichen Unternehmensteile zu vereinfachen.

Das derzeit beliebteste Modell von Jung und RWE ist es, eine **Dachgesellschaft (Holding)** über einem selbständigen Versorgungs- und einem Verkehrsbetrieb zu bauen. Als Argument hierfür werden europäische Richtlinien für die öffentliche Vergabe von Dienstleistungen herangezogen. Ein zweifelhaftes Argument, da die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingestellt hat, welches von den Befürwortern der Zerschlagung der WSW AG zur rechtlichen Begründung angeführt wurde.

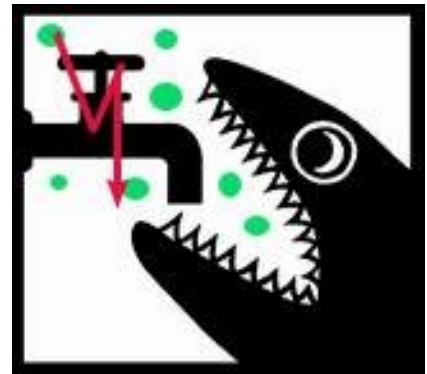
Während die Versorgungsgesellschaft auf diese Weise leichter weiter verkauft werden könnte, würde der Verkehrsbetrieb auf einen Jahresetat festgelegt, mit dem er dann auskommen muss. **Weniger Buslinien, die weniger häufig und zu höheren Preisen fahren, wären vorprogrammiert.** Dass nach Privatisierungen die Preise für Strom, Gas und Wasser in die Höhe schießen und die Qualität sich verschlechtert, zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre im In- und Ausland (bspw. in Potsdam und Grenoble).

Doch auch die Beschäftigten der WSW werden unter einer solchen Zerschlagung zu leiden haben: Heute schon sind die Busfahrer des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften zu vier verschiedenen Tarifen beschäftigt. Weiteres Out-Sourcing würde mit der Bildung der Holdinggesellschaft erheblich vereinfacht. Insbesondere die Beschäftigten im Verkehrsbereich werden die wahren Auswirkungen der Zerschlagung zu spüren bekommen, wenn keine ausreichenden Gelder mehr zugeschossen werden. Von der „Beschäftigungsgarantie“, die heute noch gegeben wird, wird dann nämlich keine Rede mehr sein. Ebenso wenig in der Versorgungssparte, wenn sie zum Verkauf steht. **Mit ihrer sog. „Umstrukturierung“ verfolgen die Verantwortlichen bei Stadt, WSW und RWE eine Salamtaktik in der Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse und bereiten weitere Privatisierungen vor. Kein Arbeitsplatz ist dann mehr sicher!**

Wir sehen also: Schon der erste Teilverkauf der WSW im Jahr 2002 hat den WSW-Beschäftigten und WuppertalerInnen nichts Gutes gebracht. Ein weiterer Verkauf würde massiven Lohn- und Stellenabbau auf der einen, Verteuerungen und Qualitätsverschlechterungen bei Strom, Gas, Wasser, Fernwärme und Verkehr auf der anderen Seite nach sich ziehen.

Weder die WSW-Beschäftigten noch die Wuppertaler Bevölkerung können ein Interesse an einer weiteren Privatisierung des Unternehmens haben.

Deshalb ist es notwendig, dass sie ihre Initiativen vereinen!



**Beschäftigte der WSW:** Glauben Sie nicht den Beteuerungen von „Beschäftigungsgarantien“ und dergleichen. Es sind Ihre Arbeitsplätze, die durch die Zerschlagung der WSW gefährdet werden!

**Wuppertalerinnen und Wuppertaler:** Nehmen wir den schleichenden Abbau unserer Rechte nicht hin! Noch ist die WSW AG und damit die öffentliche Daseinsvorsorge in Wuppertal unser Eigentum!

**Schließen Sie sich der Initiative für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge an!**

- **Schluss mit dem Ausverkauf der WSW! Keine weitere Privatisierung! Keine Zerschlagung des Unternehmens!**
- **Raus mit RWE, Cegedel und Co.! Rückkehr der WSW in vollen städtischen Besitz!**